

## **Schuldenreport 2006: Hintergrundinformationen**

<i>Das ist der Schuldenreport</i>	<i>Seite 2</i>
<i>Quantitative Entwicklung der privaten Überschuldung – Kernergebnisse</i>	<i>Seite 3</i>
<i>Auslöser der Überschuldung</i>	<i>Seite 5</i>
<i>Auswege aus der Überschuldung</i>	<i>Seite 8</i>
<i>Gefährliches Überschuldungspotential</i>	<i>Seite 10</i>
<i>Deutschland im internationalen Vergleich</i>	<i>Seite 13</i>
<i>Handlungsbedarf</i>	<i>Seite 15</i>

**Deutscher Caritasverband  
Deutsches Rotes Kreuz  
Diakonisches Werk der EKD  
Verbraucherzentrale Bundesverband**

## **Das ist der Schuldenreport 2006**

Der *Schuldenreport 2006* stellt die Entwicklung der privaten Überschuldung in den zurückliegenden Jahren dar. Neben Daten zur Anzahl der Betroffenen und ihrem sozialen und ökonomischen Hintergrund geht der Schuldenreport den Überschuldungsauslösern auf den Grund. Darüber hinaus gibt er Einblick in die aktuellen gesetzgeberischen Aktivitäten, fasst einschlägige Gerichtsurteile aus dem Bereich der Finanzdienstleistungen zusammen und berichtet über die Arbeit und Rahmenbedingungen der Schuldnerberatung sowie über Aktivitäten zur Verbesserung der finanziellen Allgemeinbildung. Die Erfahrungen ausgewählter anderer Industrieländer werden in die Analyse einbezogen.

Der *Schuldenreport 2006* wird gemeinsam vom Verbraucherzentrale Bundesverband, dem Deutschen Caritasverband, dem Deutschen Roten Kreuz und dem Diakonischen Werk der EKD herausgegeben.

*Der Schuldenreport 2006 erscheint in der Schriftenreihe des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zur Verbraucherpolitik, Band 7, BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, ISBN 3-8305-1109-4, 438 Seiten, 29 Euro*

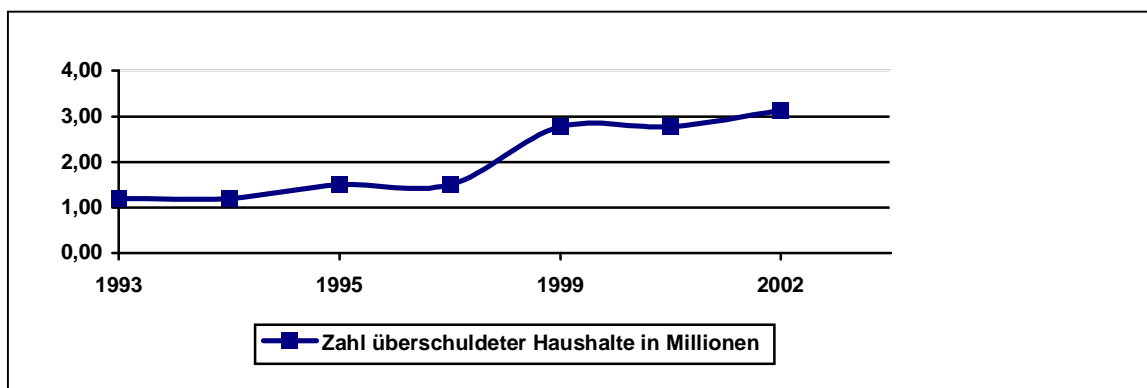
## I. Quantitative Entwicklung der privaten Überschuldung – Kernergebnisse

### Ä Wie viele Haushalte sind überschuldet?

3,13 Millionen oder 8,1 Prozent der Privathaushalte in Deutschland sind auf unabsehbare Zeit nicht mehr in der Lage, aus ihrem Einkommen oder Vermögen ihre laufenden Zahlungspflichten zu erfüllen. Sie sind damit zahlungsunfähig.

Vergleicht man **alte** und **neue Bundesländer**, sind 7,2 Prozent der Westhaushalte und 11,3 Prozent der Osthaushalte überschuldet. Allerdings wächst die Überschuldung in den alten Bundesländern rasant – gegenüber der Datenanalyse im letzten Schuldenreport 1999 ist der Anteil betroffener Haushalte in den alten Bundesländern um 15 Prozent gewachsen – in den alten Ländern betrug der Anstieg nur acht Prozent.

Allein im Zeitraum 1993 bis 2002 hat sich die Anzahl der überschuldeten Haushalte mehr als verdoppelt.



### Ä Was sind die Unterschiede zwischen Ost und West?

Die durchschnittliche Schuldenhöhe ist in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen Ländern. Hatten im Westen Deutschlands 53 Prozent der überschuldeten Haushalte Schulden zwischen 10.000 und 50.000 Euro, hatte die Mehrheit der ostdeutschen überschuldeten Haushalte (52 Prozent) Schulden zwischen 2.500 und 10.000 Euro.

Diese Spreizung hängt unter anderem damit zusammen, dass sich Haushalte aus den alten Bundesländern deutlich länger als Haushalte aus den neuen Bundesländern im Schuldenkarussell bewegen und sich die Außenstände insbesondere durch teure Umschuldungsangebote der Banken und Sparkassen spiralförmig nach oben bewegen. Zudem sind gerade Haushalte aus den alten Bundesländern in Erwartung einer stabilen Erwerbsbiografie umfassendere finanzielle Verpflichtungen eingegangen.

### Ä Wer sind die Gläubiger?

Zu rund siebzig Prozent sind **Banken und Sparkassen** die Gläubiger – hier gibt es keine relevanten Ost-West-Unterschiede. Es folgen Versandhandel, Versicherer, Telekommunikationsanbieter, Energielieferanten und Vermieter. Zahlungsrückstände bei Vermietern sind vor

allem in den neuen Bundesländern auffällig, wo dies für rund ein Drittel der überschuldeten Haushalte zutrifft. Da **Mietrückstände** mit dem Risiko der Wohnungsräumung verknüpft sind, besteht für die Betroffenen die Gefahr des weiteren sozialen Absturzes.

Der überproportionale Anteil der Kreditwirtschaft spiegelt den typischen Verlauf eines Überschuldungsprozesses wider: Zum einen bewältigen diese Haushalte ihr Leben meist seit vielen Jahren auf niedrigem Einkommensniveau, so dass sie ihr Konto überziehen und Kredite aufnehmen. Können sie die ursprüngliche Kreditrate irgendwann nicht mehr aufbringen, gehen sie auf teure Umschuldungsangebote ein. Die ihnen hier offerierte, scheinbar niedrigere Kreditrate entpuppt sich später meist als weiterer Überschuldungsbeschleuniger, weil die Ablösung des ersten Kredits mit Verlusten verbunden ist. Zudem stellt sich die neue, niedrige Kreditrate durch die längere Laufzeit und versteckte Preistreiber wie neu abzuschließende Restschuldersicherungen häufig bald als deutlich höhere Belastung heraus.

## Ä Wie viele Haushalte sind akut überschuldungsgefährdet?

Etwa weitere 570.000 Haushalte stehen an der Schwelle zur Überschuldung. Ihr monatlich verfügbares Einkommen lässt ihnen nach Abzug ihrer Lebenshaltungskosten<sup>1</sup> nur noch einen Spielraum von maximal 100 Euro, um ihren finanziellen Dauerverpflichtungen nachzukommen. Diese übersteigen aber häufig den Betrag von 100 Euro – so liegt allein eine Kreditrate für Haushalte mit Nettoeinkommen von 1.000 bis 1.500 Euro im Monat bei durchschnittlich 220 Euro.<sup>2</sup> Erfahrungsgemäß schränken sich die Haushalte in ihrer Lebensführung aber so ein, um so lange wie möglich ihre finanziellen Dauerverpflichtungen zu erfüllen. Hierzu stellen sie zum Teil sogar ihre Mietzahlungen zurück. Die Zahlen des Eigentümerverbands Lobby *Haus und Grund* über **Mietrückstände** in Höhe von 2,2 Milliarden Euro im vergangenen Jahr verwundern daher nicht – gegenüber 2004 ist dies ein Anstieg von zehn Prozent. *Haus und Grund* führt als Grund dabei ausdrücklich die zunehmende Schuldenlast der Haushalte an.

Aber wie sehr sich diese auch Haushalte einschränken – jede weitere finanzielle Belastung, ob unvorhergesehen oder durch „normale“ Faktoren wie den Anstieg der Energiepreise ausgelöst, kann das Budget so belasten, dass die Gesamtzahlungsunfähigkeit ausgelöst wird.

## Ä Schuldensituation Jugendlicher und junger Erwachsener

Das Institut für Jugendforschung hat ermittelt, dass die 13- bis 24-Jährigen über durchschnittliche monatliche Einnahmen von 457 Euro verfügen – gleichzeitig sind aber elf Prozent dieser Altersgruppe mit durchschnittlich 1.550 Euro verschuldet.

Institutionelle Gläubiger wie die Inkassobranche beklagen das angeblich unzuverlässige Zahlungsverhalten junger Erwachsener. Laut Schufa gab es 2004 für 237.000 junge Erwachsene (18 bis 24 Jahre) einen sogenannten Negativeintrag.<sup>3</sup> Allerdings weist die

<sup>1</sup> Zur Ermittlung der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten wird der gesetzlich unpfändbare Einkommensteil zugrunde gelegt.

<sup>2</sup> Schuldenreport 2006, S. 87/88, Tabelle 34 unter Bezugnahme auf die Auswertung der Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel durch die GP Forschungsgruppe.

<sup>3</sup> Meldet zum Beispiel ein Vertragsunternehmen der Schufa einen Schuldner, der einer hinreichend angemahnten Forderung nicht widersprochen hat, wird ein sogenanntes weiches Negativmerkmal eingetragen; ein hartes Negativmerkmal ist zum Beispiel die Eidesstattliche Versicherung des Schuldners, mit der er seine Vermögenslosigkeit offenbart..

Schufa darauf hin, dass die Mehrzahl der Negativmerkmale aus dem Telekommunikationssektor gemeldet wurde und Summen betrifft, die häufig deutlich niedriger sind als die offenen Verbindlichkeiten in höheren Altersklassen.

## II. Auslöser der Überschuldung

### Ä Unvorhergesehene Lebensereignisse dominieren

**Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen, Scheidung/Trennung und gescheiterte Selbständigkeit** gehören zu den primären Auslösern der Überschuldung. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist in den neuen Bundesländern mit fast 50 Prozent die mit Abstand vorrangige Ursache. In den alten Bundesländern sind es mit jeweils 23 Prozent Arbeitslosigkeit und die Trennung beziehungsweise Scheidung vom Partner. Beide Ereignisse sind mit Einkommenseinbußen verbunden, die die bis dahin regelmäßig ausgewogene Liquidität des Haushalts ins Wanken bringen. Das nun verfügbare Einkommen reicht vielleicht noch aus, um die Lebenshaltungskosten zu decken, häufig aber nicht mehr, um finanziellen Dauerpflichten nachzukommen.

#### Die Hauptauslöser der Überschuldung im Überblick:

Gebiet	Arbeitslosigkeit	dauerndes Niedrigeinkommen	Trennung, Scheidung	gescheiterte Selbständigkeit
West	23 %	8 %	23 %	20 %
Ost	46 %	29 %	19 %	16 %

*So lesen Sie die Tabelle (Beispiel): Bei 46 Prozent der überschuldeten Haushalte in Ostdeutschland hat Arbeitslosigkeit die Überschuldung ausgelöst. Bei einzelnen Haushalten können mehrere Faktoren zusammentreffen.*

Angesichts der weiterhin angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt ist eine schnelle Rückkehr von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt nicht zu erwarten. Erst recht nicht von überschuldeten Arbeitslosen: Selbst interessierte Arbeitgeber halten sich von ihrer Anstellung zurück, da Lohnpfändungen drohen, die das Personalbüro des neuen Arbeitgebers belasten.

In den **neuen Bundesländern** gehören überwiegend **arbeitslose Alleinlebende und Alleinerziehende** zu den Überschuldeten; in den **alten Bundesländern** sind es hingegen vorrangig **Drei-Personen-Haushalte mit wenigstens noch einem Erwerbseinkommen**.

Differenziert man weiter nach Altersgruppe, Familienstand, Haushaltsgröße und Haupteinkommensquelle, sind folgende Haushaltstypen von Überschuldung betroffen:

**Hauptanteile ausgewählter Bevölkerungsgruppen an der Anzahl überschuldeter Haushalte:**

Gebiet	Alter	Familienstand	Haushaltsgröße	Haupteinkommensquelle
<b>West</b>	40 - 49 Jahre (33 %)	verheiratet (39 %)	ab 3 Personen (48 %)	Erwerbseinkommen (47 %)
<b>Ost</b>	30 - 39 Jahre (28 %)	Singles (36 %); Alleinstehende nach Trennung/ Scheidung (28 %)	1-Personen-Haushalt (49 %)	Arbeitslosengeld I und II (43 %)

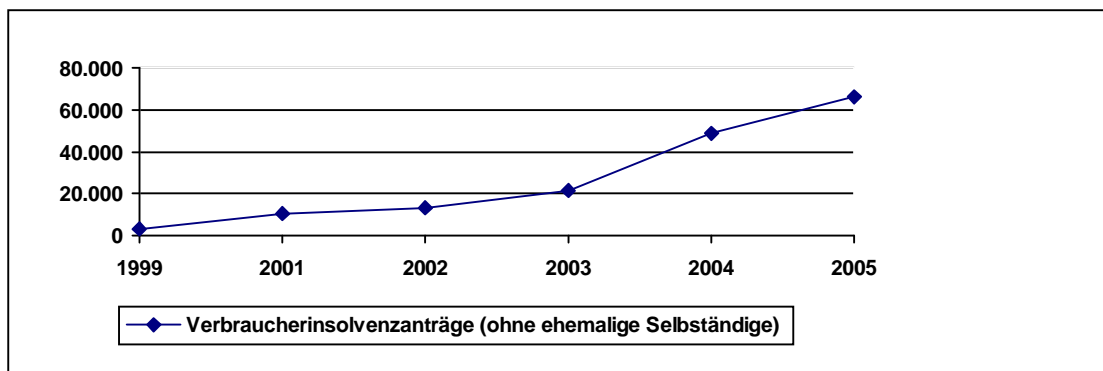
*So lesen Sie die Tabelle (Beispiel): In Westdeutschland stellt die Gruppe der 40- bis 49-Jährigen in Bezug auf das Alter die größte Gruppe unter allen überschuldeten westdeutschen Haushalten.*

### III. Ausweg aus dieser Schuldenspirale

#### Ä Verbraucherinsolvenzverfahren: Abbau der Überschuldung nur im Ausnahmefall

Das 1999 eingeführte Verbraucherinsolvenzverfahren bietet überschuldeten Privatpersonen erstmals Gelegenheit, sich in einem überschaubaren Zeitrahmen (zur Zeit sechs Jahre) zu entschulden, vorausgesetzt, sie halten bestimmte, gesetzlich definierte Regeln ein.

Von den 3,13 Millionen überschuldeten Haushalten haben damit zwischen 1999 und 2005 insgesamt rund 197.000 Betroffene einen Antrag auf Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens gestellt. Seit Ende 2004 gibt es für die Antragsteller der ersten Generation die ersten gesetzlichen Restschuldenerlasse. So positiv dies klingen mag: Bisher haben gerade einmal sechs Prozent aller überschuldeten Haushalte vom Restschuldenerlass profitiert. Ein deutlicher Abbau der Überschuldung konnte bisher nicht erreicht werden.



#### Ä Entschlackung des Verbraucherinsolvenzverfahrens

Vor diesem Hintergrund muss das Verbraucherinsolvenzverfahren wirksamer werden. Zentrale Punkte einer notwendigen Entschlackung und Entbürokratisierung sind insbesondere:

- Vereinfachung des **Antragsverfahrens**: Kürzung des bisherigen amtlichen Insolvenzantragsvordrucks (30 Seiten), dessen Bearbeitung für die Schuldnerberatung mit Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist. Die notwendigen Auskünfte über die wirtschaftliche Situation lassen sich genau so sicher in einem deutlich abgespeckten Antrag erfassen; der Schuldner hat seine Angaben zusätzlich an Eides statt zu versichern.
- Vereinfachung des **Forderungsfeststellungsverfahrens**: Das umfängliche Anmeldungs-, Prüfungs- und Feststellungsverfahren der Gläubigerforderungen macht Sinn für die Unternehmensinsolvenzen, nicht aber für die Verbraucherinsolvenzen mit deutlich weniger Gläubigern, Forderungen und Befriedigungsaussichten.
- Bei masselosen Schuldnern kann auf den Verfahrensabschnitt verzichtet werden, in dem Vermögenswerte liquidiert und hierfür der Insolvenzverwalter eingesetzt wird. Stattdessen kann das Gericht nach Feststellung der Masselosigkeit diese Schuldner gleich in die Wohlverhaltensperiode überleiten.
- Die zurzeit sechsjährige **Wohlverhaltensperiode** sollte für masselose Schuldner verkürzt werden.

- Schuldner „mit Masse“ erhalten gegenwärtig von ihrem an den Treuhänder abgetretenen pfändbaren Lohn im fünften und sechsten Jahr diesen anteilig zurück (im fünften Jahr: 10 Prozent; im sechsten Jahr: 15 Prozent - sogenannter Motivationsrabatt). Hier steht der Aufwand des Umbuchens zu der Motivierung des Schuldners in keinem Verhältnis. Stattdessen sollte Schuldner mit gewissen Rückzahlungskapazitäten die Möglichkeit eröffnet werden, bei Erreichen bestimmter Gläubigerbefriedigungsquoten die Wohlverhaltensperiode ebenfalls abkürzen zu können.

## Ä **Schuldnerberatung: Kapazitäten reichen nur für jeden achten überschuldeten Haushalt**

Der Ausweg aus der Schuldenspirale stockt für viele überschuldete Haushalte, weil die derzeitigen Kapazitäten der – bundesweit knapp 1.200 – Schuldnerberatungsstellen nur für etwa **zwölf Prozent** der 3,13 Millionen überschuldeten Haushalte ausreichen. Dies ist das Resultat einer schon immer knapp bemessenen Grundfinanzierung, aber auch der Kürzungen oder vollständigen Streichung finanzieller Mittel in einigen Bundesländern. Zudem bindet das übermäßig bürokratisch ausgestaltete Verbraucherinsolvenzverfahren die vorhandenen Kapazitäten. Es gibt kaum eine Beratungsstelle, die weniger als drei Monate Wartezeit hat.

## Ä **Zahl unseriöser kommerzieller Schuldenregulierer nimmt zu**

Die Überlastung der Schuldnerberatungsstellen machen sich unseriöse gewerbliche Regulierer zunutze und locken mit dem Versprechen einer „**Entschuldung ohne Wartezeit**“. Mit verschachtelten Verträgen und der zusätzlichen Vermittlung von angeblich auf Insolvenz spezialisierten Anwälten spiegeln diese Firmen den Schuldner Seriosität vor, vereinnahmen aber in Wirklichkeit die vom Schuldner geleistete Regulierungsrate für eigene Gebühren und die des Anwalts. Der vzbv muss regelmäßig solche Firmen abmahnen beziehungsweise gerichtlich gegen sie vorgehen.

## Ä **Schuldnerberatung: Jeder investierte Euro spart zwei Euro Sozialausgaben**

Die staatliche Finanzierung unabhängiger Schuldnerberatung macht sich bezahlt. Unabhängige Studien konnten nachweisen, dass bereits eine zwölfmonatige Beratung überschuldete Haushalte so stabilisiert, dass überdurchschnittlich häufig der Arbeitsplatz erhalten oder neue Arbeit gefunden werden konnte und sich zudem Stresssymptome und damit verbundene gesundheitliche Probleme verringerten. Damit trägt Schuldnerberatung dazu bei, dass überschuldete Haushalte vor der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen bewahrt beziehungsweise von ihnen unabhängig gemacht werden.

Eine Untersuchung aus dem Jahr 2003 hat für das **Land Berlin** ergeben, dass ein Euro, den das Land in die Schuldnerberatung investiert, mindestens zwei Euro Ersparnis bei Sozialausgaben bringt. Dies führte dazu, dass Berlin im Gegensatz zu anderen Ländern seine finanziellen Mittel für die Schuldnerberatung nicht eingefroren, sondern im vergangenen Jahr aufgestockt hat.

## IV. Gefährliches Überschuldungspotential

Unstete Erwerbsbiografien, ebensolche privaten Lebensumstände und der größer werdende Druck, Gesundheits- und Altersrisiken immer frühzeitiger privat abzusichern, treffen heute zudem auf ein wirtschaftliches Umfeld, in dem Verbraucher zu mehr Konsum angeregt werden sollen, notfalls auch kreditfinanziert. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene gehören zum am stärksten umworbenen Marktsegment – sie werden vor allem zu langfristig bindenden Verträgen animiert. Erfolgt dies ohne hinreichende Aufklärung über die Kosten und Risiken, steigt das Risiko einer Überschuldung weiter.

### Ä Kreditwirtschaft: Hochpreisige Kredite statt verantwortliche Kreditvergabe

Banken und Sparkassen werben massiv für ihre Kreditprodukte. Es gibt fast nichts, was nicht auf Kredit finanziert wird: Der Osterurlaub, der Führerschein, die Zahnbehandlung, der chromfarbene Espressoautomat, die Schönheits-OP, Weihnachtsgeschenke. Dabei ist das Urteil unabhängiger Fachleute eindeutig:

*„Es ist schlechterdings kein Fall vorstellbar, in dem es für einen Kunden ökonomisch sinnvoll wäre, seinen Urlaub oder Weihnachtsgeschenke auf Kredit zu finanzieren“*,

sagt beispielsweise Helga Springeneer, Referentin für Finanzdienstleistungen beim Verbraucherzentrale Bundesverband.

#### So werben Banken: Angebote „zum glücklich Rechnen ...“

Aber es scheint so, als ob der ökonomisch denkende Kunde unerwünscht ist. Auf der Website der **Norisbank** heißt es neben dem Bild eines sonnengebräunten Surfers: *„Ihr Wunsch-Credit zum glücklich Rechnen!“* Voreingestellt ist dabei die Kreditsumme von 10.000 Euro mit einer Laufzeit von sieben Jahren.<sup>4</sup>

Die **Commerzbank**, die 2003 und 2004 öffentlich das mangelnde Finanzwissen der Deutschen beklagte, trägt selbst nicht zu dessen Verbesserung bei. Auf ihrer Homepage muss sich der Verbraucher erst einmal in dem Bezeichnungswirrwarr von *„Verfügungskredit, FlexiCard, Ratenkredit, Online-Kredit, Zielkredit und Autokredit“* zurechtfinden.<sup>5</sup>

Auf der Website der **SEB-Bank** ist zu lesen: *„SEB-AktionsKredit. Sonderangebot bis zum 31.03.2006: bei einer Kreditsumme von EUR 15.000 und einer Laufzeit von 72 Monaten nur 5,99 % p.a. effektiv.“*<sup>6</sup>

#### ... die niemand bekommt

Macht uns die Kreditwirtschaft also zu „glücklichen Schnäppchenjägern“? Die Werbeangebote mögen verlockend klingen – in der Realität sind sie jedoch meist nicht erhältlich. Die meisten Banken teilen ihre Kunden seit einiger Zeit per computergestützter Kreditwürdig-

<sup>4</sup> [www.norisbank.de](http://www.norisbank.de)

<sup>5</sup> [https://portal04.commerzbanking.de/P-Portal/XML/IFILPortal/pgf.html?WSPL\\_ID=-gdYyMN3TA6yiJkpZtkWK6ebgL7c-X-dkQ55BRJxoq3wSbk0PPadN9XWfFgcL5w4AJE2PKbDOWISlrLAVRnsjAW8J4F9y.lmcRZeBkWxzCk-dysn6Ku9.b0NTmAqlxfR&Tab=52&Doc=/de/GB/hauptnavigation/finanzierungen/priv\\_kredit/rubrikgabelseite\\_konsumentenkredite.htm](https://portal04.commerzbanking.de/P-Portal/XML/IFILPortal/pgf.html?WSPL_ID=-gdYyMN3TA6yiJkpZtkWK6ebgL7c-X-dkQ55BRJxoq3wSbk0PPadN9XWfFgcL5w4AJE2PKbDOWISlrLAVRnsjAW8J4F9y.lmcRZeBkWxzCk-dysn6Ku9.b0NTmAqlxfR&Tab=52&Doc=/de/GB/hauptnavigation/finanzierungen/priv_kredit/rubrikgabelseite_konsumentenkredite.htm)

<sup>6</sup> [www.bfg.de/home.html](http://www.bfg.de/home.html)

keitsprüfung – „**Scoring**“ - in gute oder schlechte Kunden ein. Hierzu werden vor allem statistische Standardwerte herangezogen – Wohngebiet, Region – und mit der Einschätzung der individuellen Kreditwürdigkeit des Kunden kombiniert. Diese wird unter anderem aus dem Beruf, der Beschäftigungsdauer, dem Einkommen oder der Anzahl von Wohnungswechseln abgeleitet. Die Gewichtung all dieser Informationen ist „Geschäftsgeheimnis“ der Banken und Sparkassen. Heraus kommt jedenfalls ein Zahlenwert („Score“), der für den Kunden nicht nachvollziehbar ist, der Bank aber die gewünschte Information über die Risikoklasse und damit die Einsortierung des Kunden gibt. Das ist dann auch der Moment, in dem der Kunde merkt, dass sein Score schlecht ist, weil er für seinen Wunschkredit einen deutlich höheren Preis zu zahlen hat als die Werbung verspricht.

### **Finanztest: Beworbene Kreditzinsen in keinem einzigen Fall erhältlich**

Aber auch Kunden „ohne schwarzen Fleck auf ihrer Weste“ können sich nicht auf die Werbung verlassen. Finanztest belegt in einem aktuellen Test (Heft 1/2006), dass selbst diese Kunden den beworbenen Zins „*in keinem einzigen Fall*“ erhalten haben. Während die Werbung Zinsen ab 5,6 Prozent versprach, lauteten die konkreten Angebote auf 8,49 bis 15,15 Prozent. Rechnete man die Kosten für die abzuschließende Restschuldversicherung hinzu, lag die reale Zinsbelastung sogar zwischen 9,11 und 25,26 Prozent!

### **Scoring gibt ein schiefes Bild: Wer vergleicht, zahlt mehr**

Wie wenig das Scoring die reale Bonität eines Kunden abbilden kann, zeigt folgendes Beispiel: Verhält sich der Kunde vorbildlich, indem er sich vor Abschluss eines Kreditvertrages über die Preise informiert, um das günstigste Angebot zu nutzen, und holt er bei verschiedenen Banken Angebote ein, wird er bestraft. Denn die Banken werten parallele Anfragen nach Kreditkonditionen nicht – wie von der Politik gefordert - als „mündiges Verbraucherverhalten“, sondern als Indiz dafür, dass der Kunde nicht kreditwürdig ist und von jeder vorherigen Bank abgelehnt wurde. Das ARD-Magazin PlusMinus wies im Herbst 2005 nach: Allein durch das Einholen von Vergleichsangeboten kletterte der Kreditzins binnen weniger Tage von 8,71 auf 11,57 Prozent. Ähnliche Erfahrungen machte jüngst auch wieder Finanztest.

### **Für die Banken ein einträgliches Geschäft**

Für die Banken bedeutet das massenhafte teure Verleihen von Geld an Verbraucher ein lukratives Geschäft, können sie sich doch selbst am Kreditmarkt für nur etwa drei bis vier Prozent refinanzieren. Außerdem zahlt laut Schufa das Gros der Kreditnehmer – 97,2 Prozent – ihre Kredite pünktlich zurück.

So konnten beispielsweise die CC-Bank oder die Norisbank im Jahr 2004 ihren Umsatz im Konsumentenkreditgeschäft deutlich erhöhen: Die CC-Bank um 18,5 Prozent, die Norisbank sogar um 63 Prozent gegenüber 2003.

## **Ä Kostenfalle Mobiltelefon**

Laut einer Umfrage der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen unter knapp 6.000 Jugendlichen wird rund die Hälfte des Taschengeldes – unabhängig von dessen Höhe – für das Handy verwendet.

Die jungen Mobilfunk-Nutzer stoßen dabei auf einen Markt mit weitgehend undurchsichtiger Gebührenstruktur. Das Telekommunikationsgesetz hat insoweit nur zu ersten Erleichterungen geführt, indem bestimmte SMS-Dienste vor Vertragsschluss auf die Kosten ihrer Dienste hinweisen müssen oder per kostenloser SMS darauf hinzuweisen ist, sobald der monatliche Umsatz von 20 Euro überschritten ist.

Das reicht für einen effektiven Schutz Minderjähriger jedoch nicht aus. Notwendig sind unter anderem Preisobergrenzen für bestimmte Dienste, kostenlose Sperrmöglichkeiten bestimmter Servicenummern und effektivere Möglichkeiten zur selbständigen Kostenkontrolle.

## **Ä Markttransparenz trifft auf finanzielle Analphabeten?**

Angesichts diskriminierender Preise, einer unseriösen Kreditwerbung sowie verschleierter Kosten und Risiken löst der von den Banken vorgetragene Ruf nach einer Stärkung der finanziellen Allgemeinbildung zwiespältige Gefühle aus.

Zweifellos sind finanzielles Grundwissen und finanzielle Grundkompetenzen ausbaufähig und verbesserungswürdig. Allerdings kann eine bessere finanzielle Allgemeinbildung Banken und Sparkassen nicht aus ihrer Verantwortung für transparente Angebote und für eine sorgfältige Beratung und Kreditvergabe entlassen.

Im Übrigen können auch „finanzielle Alphabeten“ ihre Überschuldung nicht verhindern, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren und nur noch temporäre Anstellungen im Niedriglohnsektor finden sollten.

## V. Deutschland im internationalen Vergleich

### Ä Unter sechs untersuchten Ländern belegt Deutschland Rang zwei

Unter den im Schuldenreport 2006 untersuchten Industrieländern – USA, Großbritannien, Frankreich, Schweden, Niederlande – verzeichnen die USA mit 12,7 Prozent die höchste Überschuldungsquote, gefolgt von Deutschland mit 8,1 Prozent und Großbritannien mit 7,6 Prozent überschuldeter Haushalte. Frankreich, Schweden und die Niederlande haben hingegen Überschuldungsquoten zwischen drei und vier Prozent.

Die Überschuldungsauslöser und die vorrangig betroffenen Haushaltstypen in diesen fünf Ländern unterscheiden sich nicht wesentlich von denen, wie sie für Deutschland gelten. Für die USA und Großbritannien sind aber drei Besonderheiten festzuhalten:

- § **Arzt- und Krankenhausrechnung werden auf Kredit bezahlt:** Überschuldete Haushalte in den USA weisen häufig Kreditschulden auf, mit denen medizinische Behandlungskosten finanziert werden. Salopp gesagt dient in den USA ein Teil der Konsumenkredite dazu, den Zugang zum Gesundheitswesen zu ermöglichen.
- § **Kreditkartenschulden spielen eine große Rolle:** 2003 hatte in den USA jeder Karteninhaber einen offenen Saldo von durchschnittlich 8.500 Dollar. Sowohl in den USA als auch in Großbritannien werden die Kreditkartenschulden meist nur mit den von den Kartenausgebern beworbenen monatlichen Mindestzahlungen getilgt – zwei bis drei Prozent der aufgelaufenen Kreditsumme. Auf diese Weise können Kreditkartenschulden explodieren: Für einen Saldo von nur 3.000 Pfund, der mit 17,9 Prozent verzinst wird – einem für Großbritannien typischen Kreditkartenzins – würde es 40 Jahre dauern, die 3.000 Pfund plus Zinsen und Verspätungszuschlägen zurückzuzahlen, wenn monatlich nur der zwei-prozentige Mindestbetrag geleistet wird.
- § **Wucherzinsen von 100 Prozent und mehr:** Die in den USA und Großbritannien deutlich schwächere Finanzaufsicht und die Lücken beim Schutz vor Wucherzinsen hat ein weitgehend unreglementiertes Marktsegment entstehen lassen – den sogenannten zweiten Kreditmarkt. Vor allem einkommensschwache Haushalte ohne Zugang zu den „guten Produkten“ des ersten Kreditmarkts erhalten über den zweiten Markt zwar überhaupt Geld, allerdings um den Preis teils horrender Zinsen. So verlangen zum Beispiel Pfandhäuser in den USA zwischen 30 und 300 Prozent<sup>7</sup>. Britische Geldverleiher aus dem grauen Markt verlangen laut Bericht der Financial Services Authority<sup>8</sup> Zinssätze von 100 bis 500 Prozent.

### Ä Schuldenabbau: Im Ausland schneller

Während in Deutschland gerade die Verlängerung des Restschuldbefreiungsverfahrens von sechs auf acht Jahre für diejenigen diskutiert wird, die nicht einmal mehr die Mittel haben, um die Gerichts- und Treuhänderkosten des Insolvenzverfahrens aufzubringen, gehen die untersuchten Industrieländer überwiegend andere Wege:

---

<sup>7</sup> FannieMae Foundation (Hg.): Financial services in distressed communities, 2001

<sup>8</sup> Financial Services Authority (Hg.): In or out? Financial exclusion, London 2000, S. 56

- § USA: Verfahrensende nach rund zwei Monaten.
- § Großbritannien: hat soeben ein zwölfmonatiges Verfahren entworfen.
- § Frankreich: sieht ausschließlich für diese Schuldner einen Gesamtschuldenerlass nach maximal 24 Monaten vor.
- § Schweden: verkürzt nach Einzelfallprüfung das grundsätzlich fünfjährige Verfahren.

### **Ä Großbritannien: Schlecht bei der Finanzaufsicht, aber zunehmend besser bei der Schuldnerberatung und finanziellen Allgemeinbildung**

Die Schuldnerberatung wird in den untersuchten Ländern unterschiedlich finanziert. Vor allem in Großbritannien beteiligt sich die Kreditwirtschaft seit einigen Jahren an der Finanzierung der unabhängigen Schuldnerberatung. Zudem hat die britische Regierung den **Financial Inclusion Fund** ins Leben gerufen, aus dem Beratungsangebote vor allem in solchen Regionen finanziert werden sollen, in denen weite Bevölkerungsschichten von Überschuldung und finanzieller Ausgrenzung betroffen sind. Der Fonds ist für die Jahre 2006 und 2007 mit insgesamt 45 Millionen Pfund ausgestattet.

Großbritannien, das sich seit gut fünfzehn Jahren für eine Stärkung der finanziellen Allgemeinbildung einsetzt, zeichnet sich auch durch aktuelle Anstrengungen aus. Die von der Regierung ins Leben gerufene „**Task Force: Tackling over-indebtedness**“ hat in ihrem Aktionsplan 2004 die Financial Services Authority beauftragt, ein neues nationales Programm zu entwickeln. Hierzu gehört eine Evaluation der bisherigen Maßnahmen, neue Umfragen, die verlässlicher als bisher den Stand des finanziellen Grundwissens ermitteln sollen, und hierauf aufbauende neue Bildungskonzepte, die verbindlicher Bestandteil der Schulausbildung werden sollen. Erste Ergebnisse werden für das laufende Jahr erwartet.

## VI. Handlungsbedarf

### Ä vzbv, Caritas, Rotes Kreuz und Diakonie fordern Kurskorrekturen

Angesichts der Ausweitung von Überschuldung in weiten Bevölkerungskreisen und der gesamtgesellschaftlichen Folgen – angefangen von Ausfällen bei Steuern und Sozialabgaben bis hin zum Kaufkraftverlust – müssen alle gesellschaftlichen Akteure zusammenrücken und gemeinsam konstruktive Lösungen erarbeiten. Auch die Bundesregierung muss stärker Flagge zeigen.

#### Die Verbände sehen deshalb folgenden Handlungsbedarf:

- § Die Bundesregierung sollte eine **Task Force** damit beauftragen, einen Aktionsplan zum Abbau der Überschuldung zu erarbeiten.
- § Das **Verbraucherinsolvenzverfahren** ist mit seiner Möglichkeit des gesetzlichen Restschuldenerlasses für masselose Schuldner zu erhalten.
- § Alle Verbraucher müssen am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilhaben können. Dies muss insbesondere durch Entbürokratisierung des **Kontopfändungsrechts** und die gesetzliche Verankerung eines Rechts auf ein **Girokonto** auf Guthabenbasis umgesetzt werden.
- § Die anstehende Reform des Telekommunikationsgesetzes muss **Minderjährige** besser vor der „Kostenfalle Handy“ schützen.
- § In der **EU-Verbraucherkreditrichtlinie** sollte die Pflicht zu einer verantwortlichen Kreditvergabe sowie das Verbot von Wucherzinsen festgeschrieben werden.
- § Die **Schuldnerberatung** auf Landes- und Kommunalebene muss ausgebaut werden – auch im Interesse der öffentlichen Haushalte. Sie muss deutlich mehr Schuldner erreichen können als die bisher beratenen zwölf Prozent.
- § In den Schulen muss das Thema **finanzielle Allgemeinbildung** Priorität erhalten. Finanzielle Allgemeinbildung muss zum Kernbestandteil nationaler Bildungsstandards werden.
- § Von der Wirtschaft werden Aktivitäten erwartet, die zu mehr **Kostentransparenz** führen, damit Verbraucher informierte Entscheidungen treffen können. Ebenso wird erwartet, dass die Scoringsysteme die Kundenbonität realitätsnäher abbilden. Außerdem wird mehr Einsatz beim Minderjährigenschutz gefordert.